



Änderungsantrag

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Rassismus ächten – Solidarität mit allen von rechter Hetze und Gewalt Betroffenen

Antrag Fraktion DIE LINKE – **Drs. 7/57**

Der Landtag wolle beschließen:

Solidarität mit allen von Rassismus, Hetze, Bedrohung und Gewalt Betroffenen sowie Opfern von politisch motivierter Kriminalität

1. Der Landtag von Sachsen-Anhalt erklärt sich solidarisch mit allen Betroffenen von Rassismus, Hetze, Bedrohung und Gewalt.
2. Der Landtag spricht sich dafür aus, das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit fortzusetzen und in seinen Fördermöglichkeiten für Institutionen, Vereine und freie Gruppen zu stärken. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, lokalen Bündnissen und Initiativen soll es in einem dialogischen Verfahren im Hinblick auf die bestehenden fremdenfeindlichen und demokratiekritischen Ressentiments weiter ausgebaut werden. Die Finanzierung und wissenschaftliche Begleitung des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus und der Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt sollen sichergestellt werden.
3. Der Landtag befürwortet, den Sachsen-Anhalt-Monitor um eine Einstellungsuntersuchung zu Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Sachsen-Anhalt zu erweitern.
4. Unterkünfte von Geflüchteten, Einrichtungen, Anlaufstellen und Treffpunkte für Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten, Organisationen und auch Einzelpersonen, die sich für Geflüchtete engagieren, sich dezidiert antirassistisch positionieren oder für ihr demokratisches Engagement gegen Neonazis bekannt sind, aber auch Begegnungszentren der Integrationsarbeit werden in besonderem Maße Ziel von rechten und neonazistischen Angriffen. Wir bitten die Landesregierung, alle Möglichkeiten zu ihrem Schutz auszuschöpfen.

(Ausgegeben am 01.06.2016)

5. Die Arbeit von Bündnissen gegen Rechts und für die Verteidigung demokratischer Werte und antirassistischer Initiativen ist wichtig. Der Landtag von Sachsen-Anhalt dankt ausdrücklich den vielen Engagierten, die aktiv für die Verteidigung demokratischer Werte eintreten, sich für ein solidarisches Zusammenleben aller einsetzen und neonazistischen und rassistischen Mobilisierungen und Angriffen mit Zivilcourage begegnen. Wir bitten die Landesregierung, alle Möglichkeiten, dieses Engagement effektiv zu unterstützen, zu nutzen.
6. Wir begrüßen die Anstrengungen der Landesregierung politisch motivierte Gewalt in unserem Land gezielter einzudämmen. Aber nicht nur rechtsmotivierte, sondern auch linksmotivierte Kriminalität sowie Straftaten gegen den Staat und die Polizei stellen die freiheitliche demokratische Grundordnung infrage. Wir bitten die Landesregierung diesen eingeschlagenen Weg konsequent weiter zu verfolgen und politisch motivierte Straftaten mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen.

Begründung

Im Jahr 2015 verdoppelten sich in Sachsen-Anhalt die Zahl rechter Gewalttaten sowie die Zahl fremdenfeindlicher Straftaten im Vergleich zum Vorjahr. Allein in den ersten fünf Monaten 2016 gab es nach Meldung der Mobilen Opferberatung 22 rassistisch- und rechtsmotivierte Übergriffe auf Personen. Die Zahl alltäglicher Diskriminierungs- und Einschüchterungserfahrungen durch Bedrohung und Hetze sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

Rassismus, Hetze und Gewalt muss mit allen geeigneten rechtsstaatlichen und gesellschaftspolitischen Mitteln entgegengetreten werden. Niemand darf sich sicher dabei fühlen, wenn er andere menschenverachtend beschimpft, geistige Brandstiftung betreibt oder Menschen bedroht und angreift.

Mit dem Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit wurde eine wichtige Grundlage für gesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Islamismus geschaffen. Es ist gelungen, demokratische und zivilgesellschaftliche Kräfte zu bündeln und Ziele und Projekte zu definieren.

Vielerorts stellen sich zivilgesellschaftliche Initiativen, viele engagierte Menschen in Kommunen, Behörden, Parteien, Vereinen, Verbänden, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften dem Hass entgegen und leisten unschätzbar wertvolle Arbeit für unsere Demokratie. Dies gilt es gemeinsam zu unterstützen, um damit unsere Demokratie zu stärken und weiter zu verbessern.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN